

## Es nennt sich Stillstand

Zu: „Shampoo statt Preisgeld“, FR-Sport vom 2. Januar

In den 80er Jahren erregte meine Empörung (per Leserbrief) im damals angesagtesten Laufmagazin große Aufmerksamkeit. Einige Frauen berichteten im Anschluss von ähnlichen herabwürdigenden Erlebnissen auf Sportveranstaltungen. Ich berichtete von meinem Preisgeld für einen in respektabler Zeit gewonnenen 25-Kilometer-Lauf: ein rotes Lackhandtäschchen (!), während der Sieger der Männer hochwertige Laufschuhe gewann. Ein anderes Mal wollte mir ein Triathlon-Veranstalter das ausgesetzte Preisgeld nicht zahlen, da der Frauenanteil am Starterfeld (150 Männer/18 Frauen) zu gering gewesen sei – obwohl die Ergebnisse der Frauen sich in den Top 10 auf nationaler Ebene bewegten.

Es hat sich kaum etwas verändert. Das nennt man Stillstand. Damals im Kleinen, heute im Millionengeschäft Sport. Es sitzt in den Köpfen, nicht nur im Budget der (hauptsächlich Männer) Verantwortlichen. Es wird viel von Gleichberechtigung, Respekt und Wertschätzung geschrieben und geredet. Das ist alles überflüssig, wenn sich Wahrnehmung und Handeln nicht ändern. Stellvertretend steht der Sport für das Politik- und Bildungsgeschehen.

Die gleichen Phrasen im Wahlkampf, die gleichen Aktionen wie vor Jahrzehnten, egal welche Partei. Sollen doch alle mal aufwachen, wir sind im Jahr 2025 angekommen! Es reicht erstmal, wach zu sein und hinzuschauen, was wirklich um uns herum vor sich geht. Von der eigenen Meinung überzeugt zu sein ist gut, führt aber zu häufig zu Selbstherrlichkeit, wenn man keine Zweifel und Erneuerung zulässt. Ab und zu mal ein Reset und sich selbst überprüfen, ob man mit den selbst auferlegten Dogmen noch am Puls der Zeit ist oder ob sie dem Schutz vor Veränderung dienen. Das wäre empfehlenswert. Gisela Leißner, Eppstein

## Mit Gewalt ins neue Jahr

Silvesternacht: „Überwiegend friedlich“, FR-Region vom 2.1.

Die Ereignisse in der Silvesternacht werden als „größtenteils friedlicher Silvesterabend“ bezeichnet. Meine Frage drängt sich auf: Wie kommen die Verfasser zu dieser relativ „positiven“ Beurteilung, wenn sie andererseits darauf hinweisen, dass 500 Feuerwehreinheiten notwendig waren und 167 Brände gelöscht werden mussten; Angriffe auf Funkwagen und Feuerwehreinheiten vorkamen, Böller und Raketen auf Löschfahrzeuge geworfen wurden; Messerangriffe auf Personen vorkamen? Der Widerspruch macht mich sprachlos! Das Gefühl kommt auf, dass brutale Gewalt und Rechtlosigkeit in unserer Gesellschaft zum „Alltagsgeschehen“ geworden ist und als „normal“ angesehen wird. Gerd Himmelreich, Glashütten



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski

Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer  
Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre  
Zuschrift online unter  
www.frblog.de  
publiziert werden kann.  
Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,  
Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: [frblog.de/f20250113](http://frblog.de/f20250113) Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

### FR ERLEBEN

**Stephan Hebel** lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter [fr.de/hebelsstunde](http://fr.de/hebelsstunde)  
**Donnerstag, 23.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

**Stephan Hebel** moderiert die Diskussion zum Thema „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen.  
**Freitag, 24. Januar, 19 Uhr Kulturzentrum „Rotunde“ Am Kulturgleis 3-5, Bochum**

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen.  
**Donnerstag, 30.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

**Stephan Hebel** moderiert die „Rödelheimer Runde“ mit örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl.  
**Freitag, 31. Januar, 19 Uhr Rödelheimer Vereinsringhaus Friedel-Schomann-Weg 7 Frankfurt**

## Wieder einmal droht Gefahr von rechts

Zu: „Wiens hochgefährliches Experiment“ und „Klima für rechte Gewalt“, FR-Politik vom 7. Januar

### Schwere Zeiten für Linke

Die Tatsache, dass in Österreich die FPÖ mit der Regierungsbildung beauftragt wurde und in Deutschland die horrenden Zahlen der rechtsextremen Kriminalität in die Höhe schnellen, muss Demokratinnen und Demokraten auf den Plan rufen. Nach der Entwicklung der vergangenen Monate und Jahre können diese Tatsachen nicht mehr verwundern. Wir erleben in der Bundesrepublik derzeit die exorbitante Steigerung der Gewalt von rechts und stellen fest, dass in Österreich die ÖVP bereit ist, einer Nazipartei, nämlich der FPÖ, den Weg zur Regierung zu ebnen. Bei CSU und CDU ist festzustellen, dass ihre Machtgier keine Rücksicht mehr auf Minderheiten nimmt. Und in Wien sind die Strukturkonservativen dabei, die politische Verantwortung an alte und neue Nazis zu übergeben.

Diese Tatsachen bedeuten für die Linke, dass auf sie schwere Zeiten zukommen. Wieder einmal zeigen sich Konservative und Rechtsradikale vereint im Kampf gegen die liberale Demokratie. Hierzulande wird das Remigrationsgeschwätz von großen Teilen der Union wiederholt und so der schwarz-braune Mob



Protest gegen die FPÖ in Wien am 9. Januar. DPA

mit seinem „gesunden Volksempfinden“ in fragwürdiger Art und Weise befriedigt. Der kurze Winterwahlkampf muss von Demokratinnen und Demokraten dazu genutzt werden darzustellen, wie die liberale Republik unter CDU/CSU und FDP aussehen würde und wie groß die Gefahr ist, dass ein Großteil der Unionsparteien die Brandmauer gegen rechts, sprich gegen die AfD, einreißen wird. Je näher der Wahltag rückt, desto deutlicher wird die Ge-

fahr eines Versuchs eines kalten Putsches von rechts. Die bekannte Kumpanei von rechts bedroht mal wieder die Demokratie.

Manfred Kirsch, Neuwied

### Ich werde Österreich jetzt meiden

Mit meinem Tesla bin ich jetzt gerne gesehener Gast, aber unter einer FPÖ-Regierung werde ich Österreich natürlich meiden.

Günter Schlaud, Rodgau

Diskussion: [frblog.de/hickl](http://frblog.de/hickl)

## Nicht gewählt, aber extrem einflussreich

Zu: „Musk versetzt die AfD in den siebten Himmel“, FR-Politik vom 3. Januar

### Solche Einmischung ist einfach peinlich

„Schuster bleib bei deinem Leisten!“, sollte man Elon Musk zurufen. Gut kann er offenbar seine Unternehmen, z.B. Paypal, SpaceX, Tesla und andere organisieren. Seine Anbiederung an die demnächst Mächtigen in den USA und seine versuchte Einmischung in unseren Wahlkampf sind einfach peinlich!

Winfried Jankowski, Elbtal

### Staaten werden wie Unternehmen geführt

Langsam müssen doch auch die letzten unserer Politiker merken, dass wir in einer neuen Ära angekommen sind. Der Kapitalismus bringt nun mal Gewinntypen wie Musk oder Trump hervor. Aber Fakt ist: Wir können das Rad der Geschichte nicht zurück drehen, auch wenn das in einigen Bereichen klüger wäre. Musk hat nun mal sein eigenes Netzwerk, und das vermutlich, weil er Gesetze der Marktwirtschaft analytisch gut verstanden und angewendet hat.

Dass eines Tages der Griff zur Macht, auch in der Politik, kommt, ist völlig normal, wie es uns ein Blick in die Geschichte an vielen Beispielen aufzeigt. Ob er richtig liegt, bezweifle ich und bin der Meinung: Demokratien dürfen niemals wie Unternehmen geführt werden. Dann löst sich jeder parlamentarische sowie auch moralisch

menschliche Grundgedanke irgendwann durch maximales Gewinnstreben auf.

Gerade viele AfD-Wähler werden wohl erst aufwachen, wenn sie in Fabriken am Fließband stehen und dank Musk, Weidel und Co für Niedriglöhne schwitzen, wenn die Gewerkschaften verschwunden sind. Enrico W. Arndt, Heidelberg

### Deutliches Signal gegen Musk

Welche Unverschämtheiten sich Elon Musk gegenüber Politikern wie Olaf Scholz, Frank-Walter Steinmeier und Robert Habeck leistet, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Auch nicht, wie sich dieser von Trump hofierte, rechtsliberale Milliardär in die Politik nicht nur Deutschlands, sondern auch Großbritanniens einmischte. Das Skandalöse ist, dass ein nicht vom Volk gewählter, zügelloser Populist allein aufgrund seines Reichtums in den USA und anderen westlichen Demokratien auf politischer Bühne so einflussreich werden kann.

Was bleibt zu tun? Die diffamierten deutschen Politiker kämpfen weiter um den Erhalt von Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, auch auf der Plattform X. Sie wollen die Millionen User von X allein in Deutschland nicht der großmäuligen Hetze überlassen. Das Argument überzeugt. Gibt es eine Option für den „normalen“ Bürger? Ja, er sollte die noch

vorhandenen Möglichkeiten der freien Entscheidung nutzen: Für E-Autos gibt es Alternativen zu Tesla. Und die Plattform X verlassen oder von vornherein meiden und am besten die Chat-Freunde gleich einladen mitzukommen. Das bedeutet für uns keinerlei Entbehrung, setzt aber in der Breite ein deutliches Signal.

Sonja Hartung, Waldsolms

### Da kommt was auf uns zu

Falls unsere Volksvertreter vorhaben sollten, sich auch noch massiv mit den USA anlegen zu wollen, dann viel Freude bei diesem grandiosen Kamikaze-Spaß! Wir hier in Deutschland werden die Folgen dieses Handelns gewaltig zu spüren bekommen.

Was Elon Musk probt, das dürfte nur ein kleiner Vorgeschmack dessen sein, was noch auf Deutschland zukommen dürfte, wenn erst Donald Trump Herrscher im Weißen Haus ist.

Wir können uns selbstverständlich weigern, nach US-amerikanischen Spielregeln mitzuspielen; da beißt auch keine Maus einen Faden ab. Aber bedenke: Deutschland liegt bereits angeschlagen am Boden. Sollte sich Deutschland weiterhin so isolieren wollen, dann gute Nacht, mein „good old Made in Germany“!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Diskussion: [frblog.de/musk](http://frblog.de/musk)

## Würde statt Spaltung

Zu: „Das Miteinander muss in den Fokus rücken“, FR-Sport vom 4.1.

Malaika Mihambo trifft den Nagel auf den Kopf – sie gibt die entscheidende Antwort auf das gefühlige Wohlbedingten der nationalen Fange-meinde. Nach Olympia in Paris, Urheimat demokratischer Historie, der Grundwerte „liberté, égalité, fraternité“, erinnert sie daran, dass eine gespaltene Gesellschaft durch den Sport nicht geheilt werden kann. Das Augenmerk muss schlicht auf das Miteinander gerichtet werden.

Sie fordert eine Neuausrichtung bei Medien, Politik, Wirtschaft und Bildungssystem – dem Insgesamt unseres gesellschaftlichen Alltags, in dem allenfalls individuelle „Freiheit“ eingefordert, aber „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ meist missachtet, gänzlich verdrängt oder absichtsvoll vergessen wird. Unter „Gastwirtschaft“ wird auf S.14 Verfassungsrichter Böckenförde mit der Aussage zitiert, dass „Kernaufgabe demokratisch konstituierter Gesellschaften der Ausgleich gesellschaftlich begründeter Ungleichheit sein muss“, um drohende Unfreiheit abzuwenden. Als Gegenmaßnahme zu Gewaltausbrüchen an Silvester fordert der Kommentator auf S.32 „ein gesellschaftliches Klima, das Gewalt ächtet und Respekt fördert“. Also gehen wir es an. Machen wir Gleichheit, also gleichen Wert und Würde aller, zum Kernprinzip unseres gesellschaftlichen Miteinanders, das tagtäglich wirksam und vor allem in unserem Bildungssystem grundgelegt werden muss.

Gerd-Ulrich Franz, Groß-Umstadt

## Staatliches Vergehen

Zu: „Wie damals die RAF, so heute die Klimakleber?“, FR-Klima v. 6.1.

Ich bin Quirin Hacker dankbar, dass er dieses Thema aufgreift. Das Tun der Flensburger Staatsanwaltschaft treibt ausufernde Blüten. Einer Klimaaktivistin „Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung“ vorzuwerfen, ist so was von daneben, dass man es gar nicht recht begreifen will. Was denken sich die Herren Staatsanwälte bei solch krudem Vorgehen?

Wenn Menschen sich für unsere Lebensgrundlagen – gesunde Luft, gesundes Wasser, gesunde Boden – einsetzen, dabei auch Mittel wählen, die die Brisanz der Umweltzerstörung aufzeigen, sollten sie Anerkennung und Lob erhalten. Diese Menschen in die Ecke Krimineller zu schieben, darf einem Rechtsstaat und einer Demokratie nicht im Traum einfallen.

Daher kann in den Fällen von Umweltaktivismus die Forderung nur sein: Weg mit dem Paragraphen 129, Straffreiheit für Miriam Meyer, Eintreten für unsere geschundene Natur und Umwelt. Umweltaktivisten strafrechtlich zu verfolgen, ist ein staatliches Vergehen, das seinerseits strafrechtliche Folgen haben müsste.

Heidrun Berressem, Schlüchtern